



Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

zum Dringlichkeitsantrag der FDP

Drucksache 15/ 2250

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat der Initiative des Landes Berlin zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften nicht zuzustimmen.

Der Landtag spricht sich gegen

- jede teilweise oder gänzliche Streichung bzw. zeitliche Verschiebung von Besoldungsanpassungen,
- jede Reduzierung der jährlichen Sonderzuwendung und
- die teilweise Kürzung oder Streichung des Urlaubsgeldes

der Beamtinnen und Beamten des Landes Schleswig-Holstein aus.

Der Landtag hält jedoch eine weitere strukturelle Flexibilisierung des Dienst- und Versorgungsrechts für notwendig. Grundsatz muss dabei eine größtmögliche Einheitlichkeit im öffentlichen Dienst sein. Es darf keine weiteren Sonderopfer zu Lasten der Beamten geben.

Martin Kayenburg

und Fraktion

Klaus Schlie